



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

7/XII/189 - 20. August 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21881-33

Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Mit der Logik auf den Kriegsfuss	S. 1
Der Postminister und das Saarland	S. 2
Javanische Schattenspiele	S. 3
Das neue USA-Kriegsrecht	S. 4
Strauß und das Grundgesetz	S. 6
Vom "Helden" zum "moralischen Erpresser"	S. 7

"Eine gewisse Chance"

sp- Wenn der Kanzler redet, bleibt kein Auge trocken. Steht er schon in normalen Zeiten mit der Logik auf dem Kriegsfuss, so scheint sich jetzt im Wahlkampf bei ihm die Notbremse des Vernunftdarkens gelockert zu haben. Seine engsten Mitarbeiter raufen sich darob die Haare.

In einem Interview mit der amerikanischen Zeitschrift "Look" meinte der Herr Bundeskanzler, wenn die Sozialdemokraten die Wahlen gewinnen würden, dann müsse man mit einem Zusammenbruch der Londoner Abrüstungskonferenz rechnen. Wenn jedoch die die CDU siege, dann bestehe für London "eine gewisse Chance." - Untergänge und Zusammenbrüche - das sind die Lieblingsvokabeln des alten Herren. Wahrscheinlich schwebt ihm vor, die Welt könnte überhaupt nicht existieren, wenn er nicht mehr Bundeskanzler ist. Das soll schon bei anderen Politikern vorgekommen sein.

Worin nämlich die "gewisse Chance" für die Londoner Abrüstungsverhandlungen besteht, das enthüllte der Herr Bundeskanzler kurz vorher auf einer Wahlkundgebung in Essen. Dort meinte er, es sei lächerlich, der Sowjetunion einen Preis für die Wiedervereinigung Deutschlands anzubieten oder gar zu zahlen. Die Sowjetunion sei so ungeheuer stark, dass die einzige Politik des Westens nur darin bestehen könne, die Sowjets davon zu überzeugen dass er stärker sei als sie.

Eine grosse westdeutsche Zeitung schrieb dazu, eine solche Politik kalkuliere ganz offen den Krieg als Möglichkeit und Mittel ein. Dem ist nichts hinzuzufügen, denn - das weiss die ganze Welt - der Kern der CDU-Politik heisst: Aufrüsten, bis die anderen, der Osten, in die Knie gehen. Die "gewisse Chance" für die Londoner Abrüstungsverhandlungen würde dann darin bestehen, dass nicht abgerüstet wird und dass man eines Tages schliesslich "probiert", wie die Aufrüstung "funktioniert". Das war immer so. Es hat noch nie einen Aufrüster gegeben, der nicht gesagt hätte, er perfektioniere seine Waffen nur zu dem Zweck, um den Frieden zu erhalten. Wenn er dann genug Waffen hatte und glaubte, der andere habe mit ihm in der Aufrüstung nicht Schritt halten können, dann, ja dann - siehe wie gehabt...

* * *

Aber Lemmer...

sp- Postminister Lemmer - er gibt sich oft und gerne selbst einen gesamtdeutschen Anstrich - hatte in Saarbrücken den Mut zu sagen: "Ich stünde heute nicht hier im freien Saarland, wenn man in Bonn den Empfehlungen der Opposition gefolgt wäre." Er hat anlässlich einer Wahlrede ausdrücklich die "Leistungen des Bundeskanzlers bei der Rückführung der Saar" hervor.

Nun weiss alle Welt: Das Saarland wäre "europäisiert", das heisst vom deutschen Mutterland abgetrennt worden, wenn es den Empfehlungen des Bundeskanzlers gefolgt wäre. Auch Herr Lemmer, dem man gewiss einigen Sachverstand nicht absprechen kann, weiss es. Er wie alle anderen kennt die berühmte Bockumer Rede des Bundeskanzlers. Sie enthielt an die Saarländer die Aufforderung, für ein Statut zu stimmen, dessen Annahme die Trennung des Saarlandes von Deutschland bestätigt hätte. Die Saarländer bewiesen besseres nationales Empfinden - sie missachteten den Ratsschlag des Bundeskanzlers. Wenn die Saar heute wieder zum deutschen Mutterland gehört, dann geschah es gegen den Willen jenes Mannes, für den heute ein Postminister Reklame macht.

Was muss in Herrn Lemmer vorgegangen sein, um den Tiefstand einer solchen Wahrheitsverdrehung zu erreichen? Lemmer hatte gewiss einst bessere Tage. An ihm bewahrheitet sich der Satz, dass der Umgang mit dem Bundeskanzler und das Eintreten für seine Politik nicht ohne nachteilige Wirkungen auch für den Charakter bleibt.

* * *

Krokodilstränen

sp- Bittere Tränen vergiesst Dr. Adenauer über den gestürzten Nachfolger Stalins, Malenkow. Mit ihm hätte man besser reden können, er sei ein Mann, der Realitäten in Rechnung stellt, mit ihm bestünde grössere Wahrscheinlichkeit für Veränderungen als unter Chruschtschow. So der Bundeskanzler in einem Interview in der amerikanischen Zeitschrift "Look". Ja warum hat denn, so stellt sich von selbst die Frage, Dr. Adenauer es nicht versucht, mit Malenkow ins Gespräch zu kommen, als dieser noch am Steuer der Sowjetunion sass? Aber gerade in dieser Zeit erfolgte der Ausbau und die Festigung jener einseitigen Politik Bonns, die, alle Warnungen missachtend, nach einem Ausspruch Adenauers das "Todfeind"-Verhältnis zur zweitgrössten Weltmacht festlegte. Die Erkenntnis Adenauers, sofern es eine ist, kommt reichlich spät... *** - 3 -

Zickzack-Kurs Sukarnos

H.E.D. Westliche Diplomaten zeigten sich durch die letzten Ereignisse in der indonesischen Republik beunruhigt. Auf Java, der nicht nur bevölkerungsmässig wichtigsten, sondern auch politisch bedeutendsten Insel der Republik, hatte die Kommunistische Partei bei den letzten Wahlen für die Provinzparlamente beträchtliche Erfolge erzielt. Die anhaltende wirtschaftliche Depression und der wachsende Verschleiss der politischen Führungskräfte scheinen die Javaner in Unruhe versetzt zu haben. Seit Monaten folgt eine Krise der anderen. Auf Sumatra trotzen Armeebefehlshaber offen der Zentralregierung in Djakarta, während auf Borneo und Celebes die gefürchtete Untergrundbewegung 'Dar ul Islam' weite Landstriche durch Terror unter ihre Botmässigkeit gezwungen hat. Es sieht nicht rosig aus, obwohl es ein Fehler wäre, den Untergang der Republik prophezeien zu wollen.

Gar zu gerne erfreuen sich die ehemaligen Kolonialmächte in Asien an den Schwierigkeiten und Fehlern ihrer früheren Schutzebefohlenen. Die Äusserungen aus Den Haag, London und Paris entbehren jeglicher Kompetenz, denn dort ist man voreingenommen und verwechselt sehr gerne interne Auseinandersetzungen mit kommunistischen Aktionen. Aber im Augenblick scheint es, als habe die KP an Indonesiens Staatschef Achmed Sukarno ihren besten Freund.

Schon seit langem befürchtet man in einflussreichen Kreisen des Westens, Sukarno könne, angefeuert durch das Beispiel der chinesischen Volksrepublik, versuchen, der inneren Wirrnisse durch die Errichtung eines autoritären Regimes Herr zu werden. Auch die USA, denen die Republik wahrscheinlich ihren Bestand verdankt, sind sehr besorgt. Vorbei sind die Tage, da ein amerikanischer Kongress dem indonesischen Staatschef zujubelte. Nicht gerne erinnert man sich des von Sukarno gezogenen Vergleichs zwischen der amerikanischen Revolution von 1776 und der indonesischen von 1946. Erst vor wenigen Tagen forderte Achmed Sukarno seine Landsleute auf, Schluss mit den "Quasseläusen" in Djakarta zu machen und sich seiner Bewegung 'Neues Leben' anzuschliessen. Auch die Funktionäre der von ihm gegründeten Nationalistenpartei sind mit ihrem Parteiführer unzufrieden. Ob sie seinem politischen Kurs, der auf eine Annäherung mit Peking abzielt, vertrauen? Oder fürchten sie, ein Umschwung in Indonesien würde die Fundamente der Partei in alle Winde zerstreuen?

In der Zwischenzeit mehren sich die Bombenattentate auf Java. Man wird den Gedanken nicht los, als seien nicht auch Mächte im Hintergrund tätig, die von einer Revolte gewisser Kräfte sich einiges erhofften. Immerhin ist ja nicht nur Tschu En Lai oder Chruschtschow an indonesischen Archipel interessiert. In wenigen Tagen läuft das Ultimatum der Armeeeoffiziere auf Sumatra ab. Darin hatten antijavanische Separatisten eine grössere Unabhängigkeit von der Zentralregierung auf Java gefordert. Noch ist nicht bekannt wie die Regierung sich entscheiden wird. Im Hintergrund wird die Gestalt eines Mannes sichtbar, von dem sich viele Insulaner eine Besserung der Verhältnisse versprechen. Es ist der frühere Ministerpräsident Mohammed Hatta, der einzige Politiker, der es mit Sukarno im Kampf um die Gunst der Massen aufnehmen kann.

Was steht uns bevor ?

Bo. - Aus Angst vor dem dritten Weltkrieg hat ein englisches Ehepaar seine drei Kinder gasvergiftet und dann Selbstmord begangen. Die Unsinnigkeit solcher Verhaltens liegt zwar auf der Hand. Aber - dass die Weltbevölkerung von der Furcht vor neuer Kriegsdrangsal geschüttelt wird, ist eine Tatsache. Millionen Menschen in den am meisten gefährdeten Zonen wissen mehr oder weniger klar, was ihnen bevorsteht, wenn ...

Worüber sich viele wahrscheinlich dennoch Illusionen machen, sind die Schutzmassnahmen, welche die kriegsführenden Staaten für die Zivilbevölkerung ergreifen könnten. Nur wenige Spezialisten wissen bisher, wie äusserst trübe es auf diesem Gebiet und dem des Kriegsrechts überhaupt aussieht.

Die unerhörte Diskrepanz zwischen den Fortschritten in der Naturbeherrschung durch die Menschheit und dem gleichzeitigen moralischen Stagnieren dieser Menschheit wird an den Veränderungen, die das Kriegsrecht durchmacht, besonders deutlich.

"... Plätze, die der Unterstützung militärischer Operationen oder der Beherbergung von Truppen dienen, können angegriffen oder bombardiert werden, auch wenn sie nicht verteidigt sind".

So heisst es z.B. in § 40 des neuen Militärhandbuchs der USA. Ihm voran steht der § 39, der in Übereinstimmung mit der alten Haager Landkriegsordnung festsetzt: "Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude anzugreifen oder zu beschliessen, mit welchen Mitteln es auch sei". Da der § 40 den ihm vorausgehenden § 39 aufhebt, ist einer von beiden überflüssig. Woher der Widerspruch ? Daher, dass humanitäre Konventionen durch die totale Kriegsführung in Frage gestellt werden. Die wesentlichen Neuerungen des neuen USA-Militärhandbuchs entstammen dem Bedürfnis, klassisches Kriegsrecht und totale Strategie auf einen Nenner zu bringen.

So heisst es im § 34, der den Gebrauch von Waffen und Materialien

verbietet, die unnötige Leiden verursachen: "Welche Waffen unnütze Leiden verursachen, kann nur im Lichte der Staatenpraxis, eine bestimmte Waffe in der Überzeugung, dass sie diese Wirkung hat, nicht anzuwenden, bestimmt werden". Von der Juristensprache ins Allgemeinverständliche übersetzt: "Nur solche Waffen sind verboten, von denen wir glauben, dass sie unnütze Leiden verursachen!"

Nach § 51 ist das "gesamte Gebiet der psychologischen Kriegsführung" als legitime Kriegslist anerkannt. Darunter fällt das abgründige Gebiet der Diskriminierungspropaganda im modernen Kriege. Die Atomkriegsführung, den chemisch-bakteriologischen Krieg und den totalen Luftkrieg behalten sich die Vereinigten Staaten ausdrücklich vor. Dass diese Vorbehalte, die eine Selbstlegalisierung bedeuten, völkerrechtlich zweifelhaft sind, darauf weist der Staatsrechtler Ernst von Loen hin. Van Loen hat in den Ausgaben von Juli und August der Zeitschrift "Geist und Tat" (Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/M.) eine aufsehenerregende Darstellung des neuen amerikanischen Kriegsrechts veröffentlicht. So wird wenigstens auf die Kriegsführungs-"Prinzipien" eines der Großmächte Länder Licht geworfen.

Der Laie fragt sich mit Entsetzen, ob denn alle neuen Kriegshandbücher Bestimmungen enthalten wie diese: "Die USA bestrafen normalerweise Kriegsverbrechen als solche nur, wenn sie von feindlichen Staatsangehörigen oder durch solche Personen begangen wurden, die im Dienste des Gegners stehen ...!"

Dem eigenen Soldaten zu versichern, er gehe im Falle des eigenen Sieges bei Kriegsverbrechen straffrei aus - vielleicht genügt ein solcher Sturzflug der Moral, empfindsame Naturen auf Selbstmordgedanken zu bringen, noch bevor sie ein Kriegsverbrechen erleben.

Minister ohne Würde

Von Johannes Rau

Franz-Josef Strauss hat eine Einladung des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Wenzel zu einer öffentlichen Diskussion mit dem Hinweis auf Terminschwierigkeiten ausgeschlagen. Abgesehen von dem Bedauern darüber, daß Strauss sich nicht zu einer öffentlichen Diskussion stellt, veranlaßt ein Nachsatz der Absage des Ministers zu der Anfrage, welche charakterlichen Voraussetzungen für ein Ministeramt in der Bundesrepublik notwendig sind, vor allem für eines, zu dessen Zuständigkeiten die Sorge für viele junge Staatsbürger gehört.

"Ich bin nicht Feige, denn ich bin kein Wehrdienstverweigerer", erklärte der Dienstherr der westdeutschen Soldaten.

Daß Franz-Josef Strauss kein Wehrdienstverweigerer (mehr) ist, weiß die Öffentlichkeit. Sie weiß aber auch, daß Strauss zu einer Zeit, als solche Reden noch opportun waren, zur Wehrdienstverweigerung in einer so massiven Form aufforderte, wie sie heute nicht einmal die Friedensorganisationen benutzen. "Wer in Deutschland noch einmal ein Gewehr anfasset, dem sollen die Hände abfallen", erklärte Strauss im Wahlkampf 1949.

Zu welchen Erkenntnissen müßte derjenige kommen, der den Strauss von gestern einmal mit dem Strauss von heute vergleichen wollte, den, der ethische Ratschläge gibt und mit einem an die Bergpredigt erinnernden Ernst zu ethischen Entscheidungen aufruft, und den, der 1957 in einer mit nichts zu vergleichenden Würdelosigkeit gegen Menschen ins Feld zieht, die ihrem Gewissen und einem im Grundgesetz (auf das Strauss vereidigt worden ist!) garantierten Recht folgen. Daß Strauss sich nicht (mehr)über die freut, deren Begeisterung für einigermassen problematisch gewordene Waffen gering ist, versteht man, wenn man sein Amt und seine Ambitionen kennt.

Die Wehrdienstverweigerer haben keine Möglichkeit, Strauss zu verklagen. Dazu hat er sich zu geschickt ausgedrückt. Geschicklichkeit und Mangel an menschlicher Würde schließen sich nicht aus.

Strauss gehört der CSU an. Dem Christen droht es die Schamröte ins Gesicht, auf welche Weise - gleichgültig, wie man zur Wehrdienstverweigerung stehen mag - gerade von denen polemisiert wird, die diesen Parleurnamen für möglich und richtig halten. Strauss gehört der Bundesregierung an. Wie sieht es um einen Staat aus, dessen Vertreter Menschen aufrichtiger Gesinnung und ethischer Bemühungen in dieser schamlosen Weise beleidigen können, ohne dafür gemässregelt zu werden? Unter der Führung solcher Männer wird die Demokratie zu einer Karikatur, in der die Unlauterkeit die Konturen abgibt.

So sieht die "Badische Volkszeitung" den Flüchtling

W.K. Woche für Woche berichten Presse und Rundfunk, wieviel Männer, Frauen und Jugendliche wieder aus dem Osten gekommen sind. Der Mensch gewöhnt sich - vor allem, wenn es ihm gut geht - sehr rasch an alles und aus dem gewaltigen, kaum fassbaren Schicksal des Flüchtlings, der seine Heimat, seine Lieben, seinen Arbeitsplatz und was noch alles mehr verlassen musste, wird für den satten Bürger eine Zahl, eine Nummer. Mehr noch, dieser Flüchtling wird zu einem Eindringling, um nicht zu sagen zu einem Parasiten.

Es gibt gewisse Kreise, die denken nicht nur so und ähnlich, sie finden es sogar angebracht, mit belehrenden Vergleichen aufzuwarten zwischen den heutigen Flüchtlingen, ob sie nun aus Ungarn kamen oder der Sowjetzone kommen, und den "russischen Hocharistokraten, die einst ihre teilweise märchenhaften Vermögen und riesigen Güter verloren" hatten. Beide Flüchtlingsgruppen haben nur eines gemeinsam: die Flucht vor dem Bolschewismus. Das ist aber auch alles. Die einen, nämlich die "Hocharistokraten", wie sie die "Badische Volkszeitung" zu nennen beliebt, kamen aus eben dem "märchenhaften Reichtum", die anderen, unsere Brüder aus Mitteldeutschland, kommen aus einem fast zwei Jahrzehnte andauernden Elendsleben in den sogenannten "Wirtschaftswunderstaat". Doch lassen wir die "Badische Volkszeitung" selbst sprechen:

"Heutzutage fordern - ja sagen wir es offen; und notfalls expressen, wie das Beispiel zeigt (Hungerstreik der Ungarn im Lager) - Flüchtlinge die Gastfreundschaft ihres gegenwärtigen oder zukünftigen Exillandes. Vorbei ist die Zeit, in der politische Flüchtlinge dankbar waren, überhaupt erst einmal der Tyrannei in ihrer Heimat entronnen zu sein. Heute will - unter dem famosen Stichwort der "Solidarität" - der Flüchtling einen möglichst grossen Anteil dessen was sich das gastgebende Volk mühsam durch eigener Hände Arbeit aufbaut hat. "Wir suchen die Freiheit des Westens" ist zwar ein grossartiges Schlagwort, dessen innerer Wert aber dann zweifelhaft wird, wenn das Symbol der Freiheit nicht der unkontrollierte Wahlzettel oder die fehlende Geheimpolizei, sondern das bessere Leben ist. Dass es unter Umständen beim Gastgeber selbst noch viele Menschen gibt, denen das Dach über dem Kopf fehlt und noch weitaus mehr, die für dieses Dach sich abrackern müssen - das steht nicht zur Debatte. Ihnen fehlt das Druckmittel zur moralischen Expressung, das Stichwort: "Flüchtling vor dem Bolschewismus"...

... "Heute fühlt sich der Volkssingecleur aus Szegedin, der Oberschlosser aus Magdeburg bereits demn degradiert, wenn er im Westen nur einen Job als Schlosser findet. Die Walze der Zweckpropaganda hat die Gemüter auch der Menschen hinter dem Eisernen Vorhang verwirrt. Aus der Bevormundung des Massenstaates entlassen, fordern

20. August 1957

sie die Rechte des Individuums - wie sie es verstehen - mit den Mitteln der Diktatur".

Das "Badische Volksblatt" ist einer der strammsten Herolde der Kanzlerpartei, einer Partei, die für Hunderttausende von Mark in den Flüchtlingszeitungen und Broschüren glaubhaft machen will, dass sie und ihre Regierung "ein warmes Herz für die Flüchtlinge haben, die ohne Heimat sind." Wie heisst es doch so honigsüss in diesen Wahlannoncen der CDU? "Schritt für Schritt geht es aufwärts, wenn wir am 15. September keine Experimente machen, sondern die Partei wählen, für die das Heimatrecht der Flüchtlinge und Vertriebenen unantastbar ist."

Dem "Badischen Volksblatt" wäre ein Besuch in Flüchtlingslagern zu empfehlen, um sich mit diesen "moralischen Erpressern" und der "Ober-schlosser aus Magdeburg" unterhalten zu können. Sie liegen oft mit anderen zusammen seit Monaten in grossen Barackenzimmern und schreiben sich die Finger wund, um durch das Paragraphengestrüpp und zu einer Arbeit zu kommen. Sind das die Menschen, die "Rechte mit den Mitteln der Diktatur" fordern und denen man sagen dürfte, ihr "Sachen der Freiheit des Westens" sei ein Schlagwort? Wer alles - und das oft nach jahrelangen Erwägungen - im Stich lässt, um die Freiheit zu suchen und einer grausamen Tyrannei endgültig den Rücken zu kehren, ist wirklichkeitsnaher als diejenigen, die das Gebot der Stunde noch immer nicht erkannt haben, die zwar täglich das schwere menschliche Los der Deutschen in der Sowjetunion beklagen und bejammern, so lange sie daraus propagandistischen Profit schöpfen können, um sie dann nach gelungener Flucht "moralische Erpresser" zu nennen. Das werden sich die Flüchtlinge in der Bundesrepublik sehr gut merken.

* * *

"Den Ewiggestrigen, die glauben, an die Zeit vor 1933 wieder anküpfen zu können, muss gesagt werden, dass der wirtschaftliche Weg unseres Volkes ein mehr oder weniger sozialistischer sein wird. Diese Erkenntnis hat nichts mit Dogmatik zu tun, sie ist nur das Ergebnis wirklichkeitsnaher Einsicht."

(Jakob Kaiser in "Neue Zeit" vom 30. Dezember 1945)

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel